

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXV/141

Bonn, den 31. Juli 1970

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Der Bauernverband und die Parteien</u>	69
	SPD-Experte fordert parteipolitische Neutralität	
	Von Dr. agr. R. Martin Schmidt (Gellersen)	
	Vorsitzender des Bundestagsausschusses für	
	Ernährung/Landwirtschaft/Forsten und SPD-Fraktionsvorstandsmitglied	
3 - 4	<u>Vorbeugende Sozialpolitik in Europa</u>	62
	Der Weg für einen zukunftsorientierten	
	Europäischen Sozialfonds ist frei	
5 - 6	<u>Freifahrtssorgen</u>	52
	Postbedienstete wollen wie Bahnbedienstete behandelt werden	
	Von Horst Seefeld SPD-MdB	
	Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	
6	<u>Der Smog bedroht uns alle</u>	29
	Bundesregierung muß mehr Umweltschutz-Kompetenzen erhalten	

Der Bauernverband und die Parteien

SPD-Experte fordert parteipolitische Neutralität

Von Dr. agr. R. Martin Schmidt (Gellersen)

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung/Landwirtschaft/Forsten und SPD-Fraktionsvorstandsmitglied

Das für Mitte Juli geplant gewesene Gespräch zwischen den Präsidien des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und der SPD mußte sehr kurzfristig von unserer Partei abgesagt werden. Das wird von uns sehr bedauert, angenehm ist eine solch kurzfristige Terminverlegung nie. Dennoch: In der Hektik mancher politischer Wochen kann eine solche Verschiebung insbesondere von den Mitgliedern des Kabinetts schon einmal notwendig werden.

Wenig verständnisbereit zeigt sich jedoch da der DBV, der diese Situation sofort ausnutzt und sich in einer Presseerklärung voll "großer Enttäuschung" zeigt. Nun sollte man über eine kurzsichtige Reaktion zur Tagesordnung übergehen, wenn darin nicht ein Indiz für die nun wieder schwindende parteipolitische Neutralität des Verbandes zu erblicken wäre. Den Höhepunkt stellte ja bekanntlich der vorjährige Deutsche Bauerntag in Mainz dar, als die Rednerliste "von Strauß bis Höcherl" eine geschlossene CDU/CSU-Mannschaft präsentierte. Unter der Führerschaft des bayerischen CSU-Politikers von Feury als Sprecher des Präsidiums schien der Verband die totale Identifikation mit der konservativen Seite anzustreben. Vorher, in der letzten Zeit der Ägide Rehwinkel, war vor allem durch dessen ständige und gute Kontakte zu Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Schiller eine bemerkenswerte Offenheit festzustellen gewesen.

Nun, nicht zuletzt das Ergebnis der Bundestagswahl und die Bildung der neuen Bundesregierung brachten für die landwirtschaftliche Berufsvertretung die Notwendigkeit, personelle Konsequenzen zu ziehen. Es galt, den Ruß wenigstens ein wenig abzuschütteln. Ein junger Präsident, Freiherr Heeremann, kam ans Ruder, wobei nicht zuletzt der "alte" Rehwinkel mitmischte, und diesem neuen Mann galten zunächst mit Recht alle Vorschußlorbeeren. Er brachte frischen Stil in die Verbandsführung, unkonventionell, manchmal etwas burschikos auch, aber er schien schon einen Weg des Verbandes für die 70er Jahre anzustreben. Bundeskanzler Brandt führte mit diesem neuen Mann sogleich

ein anregendes Gespräch.

Und jetzt, schon nach so kurzer Zeit, erfolgt eine abermalige Umkehr. Zwar zaghaft noch, auf dem Umweg über die einzelnen Landesverbände der Berufsvertretung, wird die Konfrontation mit den Koalitionsparteien gesucht, insbesondere natürlich dort, wo die regionalen Verbandsspitzen CDU- oder CSU-verbunden sind. Der Wahlauftritt des zentralen Bauernverbandes zu den letzten Landtagswahlen wies noch parteipolitische Neutralität aus. Was mir aber an regionalen "Hirtenbriefen" zu Gesicht kam, war schier unerträglich. Schon vorher hatte der Bauernverband Schleswig-Holsteins unter seinem CDU-Präsidenten Klinker eine konzentrierte Briefkampagne gegen Bundeslandwirtschaftsminister Ertl gestartet. Und jetzt ertönt wiederum aus bayerischen Landen eine Netzpropaganda ebenfalls gegen Ertl, dessen mittelfristiges Förderungsprogramm vom Zentralverband noch einigermaßen positiv aufgenommen wird. Der Vorwurf des bayerischen Verbandes, ein "Ausrottungsprogramm" vorgelegt zu haben, dürfte bei aller Toleranz gegenüber bayerischen Sprachregelungen nicht mehr einer demokratischen Auseinandersetzung zuzurechnen sein.

Andere Beispiele häufen sich, wenn etwa der Bauernverband verkrampt die Frage des Eigentums immer wieder hochspielt. Ich frage, in welcher Maßnahme oder Planung der Koalition entdeckt der Verband auch nur den Hauch eines Verdachts, diese Parteien stünden nicht zum Schutz des Eigentums? Doch dann kommt jeweils der Hinweis auf die "radikalen" Jusos und Judos, die jungen Gruppen in beiden Koalitionsparteien, die ein wenig hitzig sind. Ich will einige dieser extremen Vorschläge z.B. der Jungsozialisten keineswegs verteidigen, ich bin gegen sie. Und jeder objektive Beobachter mit einiger politischen Erfahrung weiß, daß diese Vorschläge in der SPD keine Chance zur Verwirklichung haben. Doch ebenso muß anerkannt werden, daß jedenfalls alle ernstzunehmenden Initiativen der Jusos sich noch durchaus auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen. Und zu diesem Grundgesetz wird auch der Verband sein Bekenntnis nicht verweigern.

Ich will mit diesen Zeilen nicht Öl ins Feuer gießen, sondern die Wogen eher glätten. Ziel des Verbandes muß es sein, die Interessen der deutschen Bauern, also auch meine Interessen möglichst erfolgreich zu vertreten. Da mag man über die Definition dieser Ziele streiten, auch über den Weg - doch es muß immer der Weg parteipolitischer Neutralität sein.

Vorbeugende Sozialpolitik in Europa

Der Weg für einen zukunftsorientierten Europäischen Sozialfonds
ist jetzt frei

Am 27. Juli 1970 haben sich die Arbeitsminister der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter Vorsitz von Bundesarbeitsminister Walter Arendt auf die wesentlichen Grundsätze des Europäischen Sozialfonds geeinigt. Mit der Reform des Europäischen Sozialfonds wurde ein dynamisches Instrument einer zukunftsorientierten europäischen Beschäftigungspolitik gestaltet. Es ist in den letzten Jahren vielfach beklagt worden, daß die Hilfen für Arbeitnehmer immer erst dann gewährt wurden, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Man bemühte sich bisher Krankheiten zu heilen und Wunden zu schließen, anstatt "Krankheiten" auf dem Arbeitsmarkt erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Dies ist auch die bedeutsame Neuerung des Ratsbeschlusses. Der Sozialfonds soll künftig in erster Linie dazu verwendet werden, soziale Schwierigkeiten vorbeugend zu verhindern. Darunter fallen Maßnahmen zur Anpassung der Erwerbstätigen an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes und die Förderung der beruflichen und geografischen Mobilität. Das Anwendungsverfahren für Arbeitnehmer in der Bundesrepublik verändert sich nicht.

Leistungen aus dem Fonds setzen bereits ein, wenn die Arbeitsmarktlage durch Maßnahmen im Rahmen gemeinschaftlicher Beschlüsse oder durch gemeinsam beschlossene Aktionen beeinflusst oder gefährdet sind. Andererseits kann der Fonds auch in Anspruch genommen werden, wenn regionale Schwierigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen und Unternehmen, die nur indirekt durch die politischen Maßnahmen der EWG negativ getroffen sind, auftreten. Auch hier wird die von Bundesarbeitsminister Walter Arendt oft zitierte enge Verbindung zwischen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik deutlich.

Gewiß, für den italienischen Arbeitsmarkt bestehen eine Reihe

besonderer Probleme. Diese werden, so zeigen es die letzten Ereignisse, auch in den nächsten Monaten nicht ohne Schwierigkeiten zu überwinden sein. Es ist auch verständlich, daß der italienische Arbeitsminister erst durch einen Kompromiß zu bewegen war, dieser neuen und modernen Regelung zuzustimmen. An dieser Stelle setzte Arendts Verhandlungsgeschick ein. Seine Einzelgespräche mit den Arbeitsministern der Gemeinschaft vor der Ratssitzung haben sich gelohnt. Zahlreiche Mißverständnisse konnten auf diesem Wege ausgeräumt werden.

Einigungen in bisherigen Ministerratssitzungen sind seltener als man es bei der Gründung dieser Gemeinschaft ahnen konnte. Nicht wenige Arbeitnehmer fragten, welche Vorteile für sie aus dieser Gemeinschaft erwachsen. Umso bemerkenswerter ist nunmehr der Startschuß für die neue Gestaltung des Europäischen Sozialfonds.

Die Entscheidung des Ministerrates hat die Voraussetzung geschaffen, daß die Kommission jetzt unverzüglich mit der Ausarbeitung der Durchführungsverordnung beginnen kann. Die Mittel für den reformierten Sozialfonds werden im Rahmen des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften, der von 1975 an ausschließlich aus eigenen Einnahmen gespeist wird, zur Verfügung gestellt. Der Erstattungssatz des Fonds wird für die genehmigten Vorhaben und Beihilfeanträge 50 vH. der erstattungsfähigen Ausgaben betragen.

Besondere Bedeutung wird allerdings auch einer wirksamen Beteiligung der Sozialpartner beigemessen. Durch eine rechtzeitige Anhörung dieser beiden Gruppen können Schwierigkeiten verhieden und die Beihilfen gezielt und wirksam eingesetzt werden.

+ + +

Freifahrtsorgen -----

Postbedienstete wollen wie Bahnbedienstete behandelt werden

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Seit die Postbediensteten dem gleichen Georg Leber als zuständigen Minister unterstehen wie ihre Kollegen von der Bahn, regen sich auch mehr als zuvor die Stimmen, die gleiche "Vorrechte" wie die Eisenbahner gewährt haben möchten.

Was Postler ärgert, drückte einer von ihnen so aus: "Die Beschäftigten der DB können das ganze Jahr hindurch unentgeltlich zum Dienst fahren. Sie erhalten im Jahr noch zusätzlich einige Freischeine, ja sogar ihre Familienangehörigen sollen zum Teil noch unentgeltlich bzw. verbilligt reisen können. Wir Postler sind doch genau wie die Kollegen von der Bahn Bedienstete des Staates und meinen daher, daß es mindestens möglich sein müßte, zum Dienst kostenlos die Bahn oder die Kraftbusse zu benutzen."

Bundesverkehrsminister Georg Leber kennt diese Probleme. Sie sind in letzter Zeit wiederholt an ihn herangetragen worden. Jene, die gleiche Behandlung von ihm erwarten - "weil doch beide Gruppen dem gleichen Minister unterstehen" -, übersehen zunächst, daß die beiden früheren Ministerien lediglich in Personalunion von einem Minister geführt werden. Dadurch wird die organisatorische Selbständigkeit von Bahn und Post nicht betroffen. Es kann deshalb auch nicht darauf verwiesen werden, daß die den DB-Mitarbeitern gewährten Vergünstigungen, die zum Teil auf internationale Vereinbarungen fußen und für Eisenbahner in europäischen Ländern gleich oder ähnlich gelten, nicht ohne weiteres auf die bei der Bundespost Beschäftigten übernommen werden könnten.

Bundesverkehrsminister Leber verweist in diesem Zusammenhang auch auf die beamtenrechtlichen Regelungen für die Fahrten von Bundesbediensteten zwischen Wohnung und Dienststätte hin. Diese Regelungen gelten für alle beim Bund tätigen Personen und können nur zum Vorteil aller Betroffenen, nicht aber allein für die Postbediensteten erweitert werden.

Trotzdem haben Bundesbahner auf der Schiene bislang Vorteile durch Freifahrt. Die Züge verfügen in der Regel über genug Reiseplätze, um

den DB-Mitarbeitern die Mitfahrt ohne Beeinträchtigung des Reiseverkehrs zu ermöglichen. Das trifft - wie gesagt - nur für den Schienenverkehr zu, denn bei den Omnibussen wird im allgemeinen jeder Sitz- und Stehplatz benötigt. Bahn- und Postbeschäftigte erhalten deshalb im Busverkehr keine Freifahrt, sondern nur eine Gebührenermässigung. Die Eisenbahner haben allerdings auch hier noch weitere Vergünstigungen, die sich auf ihre Pensionäre und auch auf ihre Familienangehörigen auswirken.

Nun weiß Georg Leber sicher sehr genau, daß mit der Gründung der Verkehrsgemeinschaft der Bahn- und Postbusse ab 1. Januar 1971 in diesem Bereich eine einheitliche Regelung kommen muß. Dabei bieten sich die für die Mitarbeiter vorteilhafteren Bahnvergünstigungen an. In Lebers Umgebung wird deshalb zurzeit ernsthaft geprüft, wie die bestehenden Schwierigkeiten überbrückt werden können. Man darf erwarten, daß zumindest bei Omnibusfahrten Bahn- und Postmitarbeiter künftig gleichgestellt sind. Auf der Schiene zeichnet sich vorerst keine einheitliche Behandlung der beiden großen Personengruppen ab. Die Postler werden nach wie vor mit neidvollem Blick auf die "privilegierten" Kollegen von der Bahn schauen. Sie hoffen, daß es Georg Leber eines Tages doch noch möglich machen werde, "allen seinen Untergebenen" gleiche Fahrtbedingungen bei den staatlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

+ + +
Der Smog bedroht uns alle

Tausende Tonnen Kohlenstoffmonoxyd und Schwefeldioxyd spinnen die Großstädte in der Welt in Dunstglocken ein, deren Dichte und Umfang ständig wächst. Staubschwaden mit mehr als zehn Kilometern Durchmesser liegen nach Feststellungen von Meteorologen über Industriezentren. Das Sonnenlicht dringt nur noch zu 30 vH. durch den graudunstigen Smogmantel. Ultraviolette Strahlen bleiben bis zu 90 vH. im Industrienebel hängen. Bäume verdorren und die gesundheitsschädliche Wirkung auf Mensch und Tier ist längst noch nicht in vollem Ausmaß bekannt. Die jüngste und eine der größten Industrienationen der Welt hat jetzt eine erste wichtige Konsequenz aus dem Smog-Notstand gezogen, der die Gefährlichkeitsgrenze inzwischen längst überschritten hat. Japan hat seit Donnerstag einen Minister für Probleme der Luftverpestung. Auch in der Bundesrepublik ist man sich Gefahr, die wortwörtlich zum Himmel stinkt, längst bewußt. In Bundes- und Länderministerien sitzen die Umweltschützer. Doch ihr erstes Problem ist nicht, der "großen und kleinen Stinker" Herr zu werden. Hier liegt das vordergründigste und gravierendste Problem in Zuständigkeiten- und Ressortzersplitterungen. Allein auf Bundesebene sind neben dem Umweltschutzbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Grzimek und seinem Stab, die Bundesministerien für Inneres, Gesundheit, Wohnungsbau und Landwirtschaft sowie das Bundeskanzleramt mit diesen Problemen befaßt. Die Frage des Umweltschutzes, der Luft- und Wasserreinerhaltung, des Naturschutzes und der Raumordnung hängen eng miteinander zusammen. Sie sind darüber hinaus gewiß kein kommunales, und nicht einmal ein nationales, sondern ein internationales Problem. Doch solange die Bundesregierung nicht die Vollkompetenz für alle Bereiche des Umweltschutzes erhält, sind ihr praktisch national und international die Hände gebunden.

Floréntine Hoffmann

+ + +